

Kleine Anfrage 265

des Abgeordneten Christoph Schulze
fraktionslos

an die Landesregierung

Nachfrage zur Kleinen Anfrage 128 vom 16.12.2014 – Drucksache 6/305 bezüglich der Antwort der Landesregierung auf Frage 3

In der oben genannten Kleinen Anfrage 128 wurde dezidiert nachgefragt, wie es sich rechtlich mit den sogenannten Anspruchsermittlungen (ASE) verhält. Die Landesregierung hat diese Kleine Anfrage beantwortet, allerdings nicht wirklich präzise.

Aus diesem Grunde ergeben sich Nachfragen zu Frage 3:

Zur Frage 3, Welche Kontrollfunktion das Ministerium wahrnimmt, teilt die Landesregierung mit, dass das LUBB aufsichtsrechtlich tätig wird, wenn systematische Verfehlungen der FBB festgestellt werden. Unabhängige Überprüfungen von Anspruchsberechtigungen haben ergeben, dass alle (und hier geht es um mehrere Hundert) Anspruchsberechtigungen, die überprüft worden sind, inhaltlich schwer fehlerhaft sind, d.h. ohne zusätzliche ingenieurtechnische Bearbeitung der ASE-B sind die Anspruchsberechtigungen und die daraus resultierenden Leistungsverzeichnisse nicht nach den Standards der Bautechnik und der DIN-Norm umsetzbar. Das Leistungsverzeichnis (LV) ist falsch und wenn das jeweils vorliegende LV 1:1 umgesetzt würde, wäre es nach den technischen Vorschriften falsch und würde entweder zu Bauschäden oder zur Verfehlung des Schallschutzzieles führen. Wenn dieser Zustand nicht als systematische Verfehlung des Schallschutzprogramms bewertet wird, dann sollte die Landesregierung schon einmal erklären, was systematische Verfehlungen beim Schallschutzprogramm bedeuten sollen.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. Was ist unter systematischer Verfehlung beim Schallschutzprogramm durch die FBB im Rahmen der Umsetzung des Schallschutzprogramms zu verstehen?
2. Ist der Landesregierung bekannt, dass bis zu 2/3 der Anspruchsermittlungen und die daraus resultierenden Leistungsverzeichnisse inhaltlich grob fehlerhaft und falsch sind?
3. Welche eigenen Aktivitäten entfaltet die Landesregierung oder ihre nachgeordneten Behörden um eigene Erkenntnisse zu gewinnen wie es mit bzw. um die korrekte Umsetzung des Schallschutzprogramms der FBB steht?

4. Liegen der Landesregierung eigene Erkenntnisse bezüglich der Fehlerhaftigkeit der ASE vor? Wenn ja, wie wurden sie erhoben? Durch wen wurden die Vorgänge erhoben? Wo sind die entsprechenden Unterlagen einsehbar?
5. Wenn der Landesregierung keine eigenen Erkenntnisse zur Richtigkeit oder Fehlerhaftigkeit der Anspruchsberechtigung und der daraus resultierenden Leistungsverzeichnisse vorliegen, wie will die Landesregierung dann feststellen, ob es systematische Verfehlungen der FBB gibt?